



Schrumpfen ist auch keine Lösung

Wirtschaftswachstum zerstört die natürlichen Ressourcen, sagen die Degrowth-Anhänger. Das müsste aber nicht so sein. Seite 21

Grafik: 123rf

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 12./13. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 265 Bundesausgabe 2,30 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Auge um Auge, Zahn um Zahn

Martin Ling über deutsche Mitverantwortung in Afghanistan

Auge um Auge, Zahn um Zahn. Das alttestamentarische Gerechtigkeitsverständnis, das einst dem Recht des Stärkeren Grenzen setzen sollte, praktizieren die afghanischen Taliban seit jeher. Ihr Angriff auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-i-Scharif ist ihnen Vergeltung für einen Luftangriff durch US-Kampfflugzeuge, bei dem Anfang November mehr als 30 Zivilisten ums Leben gekommen waren – laut Taliban mit Hilfe der Bundeswehr.

Selbst wenn das Dementi der Bundeswehr in diesem Fall zutrifft, an einem gibt es keinen Zweifel: Deutschland ist Komplize der USA in einem Anti-Terror-Krieg, der nicht nur in Afghanistan immens viele Zivilisten das Leben kostet. Auf 28 zu 1 wird die Rate bei den Drohneneinsätzen der USA von Kritikern geschätzt – 28 Zivilisten sterben begleitend, wenn ein Terrorist »gezielt« getötet wird.

15 Jahre nach Beginn der »Operation Enduring Freedom« ist nichts gut in Afghanistan. Das ist sicher nicht nur einem Versagen des Westens geschuldet, sondern auch einer traditionell von Stammesrivalitäten und Gewaltkultur geprägten vormodernen Gesellschaft. Aber es ist definitiv auch einem Versagen des Westens geschuldet, der seit 2001 auf Bohnen und Bomben im Doppelpack für die afghanische Bevölkerung setzte – ohne ein tragfähiges Entwicklungskonzept. Das mit Afghanistan gerade geschlossene Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber zeigt erneut, wie wenig Afghanen dem Westen wert sind. »Gut« für die Taliban.

UNTEN LINKS

Ich rechne nicht mit einer Anfrage für die **Nachfolge** von Bundespräsident Joachim Gauck. Sollte sie dennoch kommen, dann werde ich mir das reiflich überlegen. Das sage ich hiermit an dieser Stelle. Also nochmal ganz deutlich und zum Mitschreiben: Wenn man mich ruft, der Ruf wird aber ziemlich sicher gar nicht kommen, dann muss ich mir das reiflich überlegen. Ich strebe aber erstmal das höchste Staatsamt nicht an. Ich bin auch gern Redakteurin bei »neues deutschland«. Der Geschäftsführer wäre »sehr stolz«, wenn ich als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin antreten würde. »Selbstverständlich hat sie die Unterstützung der Redaktion, da wären wir sehr stolz«, sagte er und verwies zugleich darauf, dass uns niemand fragen wird. Doch während die Parteien nur rummurken, seien wir »schnell aktionsfähig, schnell handlungsfähig«. Also sollte mich doch jemand fragen, aber das wird ja niemand tun, werde ich mir das überlegen. Und zwar reiflich. *rst*

Der BND hebt ab

Deutscher Auslandsgeheimdienst strebt ins All – mit einem eigenem Satellitensystem



Foto: picture alliance/Photoshot

Berlin. Der Bundesnachrichtendienst soll Medienberichten zufolge erstmals eigene Spionage-Satelliten bekommen. Auf Vorschlag des Kanzleramtes bewilligte das geheim tagende sogenannte Vertrauensgremium des Haushaltsausschusses erste Haushaltsmittel für das Projekt, wie »Süddeutsche Zeitung«, NDR und WDR berichteten. Der BND will demnach das Satellitensystem mit Hilfe der Bundeswehr und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt entwickeln.

Die Kosten werden dem Bericht zufolge auf mindestens 400 Millionen Euro geschätzt, spätestens 2022 sollen die Kameras des Sa-

telliten erste hochauflösende Bilder liefern. Der BND müsse nun ein technisches Entwicklungskonzept vorlegen und eine Firma für den Bau finden. Bisher bekommt der BND Daten für seine Arbeit von der Bundeswehr, die eigene Klein-Satelliten betreibt, oder er kauft sie auf dem freien Markt ein; auch von Partnerdiensten kommen hochauflösende Bilder.

Der Bundesnachrichtendienst verspricht sich von einer eigenen Satellitentechnik, besser als bisher Konfliktregionen wie die Ukraine oder mutmaßliche Standorte zur Produktion von Massenvernichtungswaffen überwachen zu können, wie es weiter hieß. Bisher sei-

en solche Vorstöße am Kanzleramt gescheitert, das keine Finanzmittel zu Verfügung stellen wollte.

In den vergangenen Monaten habe sich innerhalb der Bundesregierung eine Trendwende zugunsten der Sicherheitsbehörden abgezeichnet. Wegen der veränderten Sicherheitslage rund um Europa und der gestiegenen Bedrohung durch den Terrorismus wurden Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Geheimdienste mit neuen Stellen und zusätzlichem Geld ausgestattet. Der BND soll neben dem Satelliten auch mehr als 400 neue Personalstellen erhalten. *AFP/nd Seite 5*

Gewalt eskaliert in Nordafghanistan

Anschlag auf deutsches Generalkonsulat: Vier Tote / Bundeswehr erschoss zwei Motorradfahrer

Am Tag nach dem tödlichen Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat erschoss die Bundeswehr im nordafghanischen Masar-i-Scharif zwei Männer – angeblich Zivilisten.

Masar-i-Scharif. Nach dem Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-i-Scharif hat die Bundeswehr in der nordafghanischen Stadt zwei Motorradfahrer erschossen. Die beiden Männer sollen sich am Freitag über die Aufforderung, vor dem Anschlagort anzuhalten, hinweggesetzt haben. Zuvor waren beim Angriff von radikal-islamischen Taliban-Milizen auf das Konsulat mindestens vier Menschen getötet und 128 verletzt worden.

Die schwer beschädigte Auslandsvertretung muss nun vermutlich auf Monate hinaus geschlossen bleiben. Das Personal – etwa zwei Dutzend Diplomaten und andere Mitarbeiter – wurde in ein etwa zehn Kilometer ent-

ferntes Bundeswehrlager in Sicherheit gebracht. Alle Deutschen blieben unverletzt.

Unklar war zunächst, warum die Motorradfahrer nicht anhielten. Der Sprecher des Gouverneurs der nordafghanischen Provinz, Munir Farhad, sagte, die beiden Männer seien Zivilisten gewesen und nicht, wie von den deutschen Soldaten befürchtet, weitere Taliban-Angrifer. Der Leiter des größten Krankenhauses der Stadt, Nur Mohammed Fais, bezeichnete die beiden als Angestellte eines Restaurants.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sagte dazu in Berlin, die Lage sei »noch nicht vollständig geklärt«. Die Motorradfahrer seien aber trotz »Signalmunition« und Warnschüssen weitergefahren.

Masar-i-Scharif galt bislang als verhältnismäßig sichere Stadt. Das Konsulat wurde erst im Juni 2013 eröffnet. Im Bundeswehrlager Camp Marmal sind nach

dem offiziellen Ende des internationalen Kampfeinsatzes derzeit noch etwa 800 deutsche Soldaten stationiert. Sie sollen bei der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte helfen.

»Noch nicht vollständig geklärt.«

Verteidigungsministerin von der Leyen zur Lage nach tödlichen Schüssen deutscher Soldaten

Bei dem Anschlag am Donnerstagabend kam auch einer der Attentäter ums Leben. Die Taliban hatten gegen 23 Uhr (Ortszeit) einen mit Sprengstoff beladenen Lastwagen in die fünf Meter hohe Schutzmauer des Konsulats gerammt. Dann zündeten sie eine Bombe, die auf der Ladefläche versteckt war. Ein zweiter

Attentäter sei festgenommen worden, sagte Gouverneurssprecher Munir. Er korrigierte damit frühere Angaben, wonach es noch einen dritten Angreifer gab.

Der genaue Hergang war allerdings am Tag danach noch immer unklar. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sprach von »schwer bewaffneten Terroristen«, die nicht nur auf das Gelände vorgedrungen waren, sondern auch ins Konsulatsgebäude.

Nach Angaben der Bundeswehr gab es einen »anhaltenden Schusswechsel mit einer unbekannten Anzahl Angreifer«. Das Botschaftspersonal konnte sich in einen Schutzraum retten. Aus Sicherheitsgründen arbeiten die Diplomaten nicht nur in dem Konsulat, sondern leben auch dort.

Nach Krankenhaus-Angaben wurden mindestens 128 Menschen verletzt. Die Vereinten Nationen berichteten, dass unter den Verletzten auch 38 Kinder seien. *Agenturen/nd*

Rot-Rot-Grün will richtig investieren

Koalitionsverhandler in Berlin stellen Finanzierungspläne vor

Berlin. Die Koalitionsverhandlungen in Berlin neigen sich dem Ende zu. Bis Mitte kommender Woche sollen die Gespräche zwischen SPD, Linkspartei und Grünen abgeschlossen sein. Bis zum 8. Dezember soll der neue Senat stehen. Am Freitag präsentierten die möglichen Koalitionspartner ihre Finanzpläne. Demnach soll in Zukunft deutlich mehr Geld unter anderem in die maroden Schulen investiert werden. Um die nötigen Gelder zusammenzubekommen, sollen über Wege am Haushalt vorbei Kredite aufgenommen werden. Das kündigten die Haushaltsexperten der angehenden Koalitionspartner an.

Zugleich debattierten die drei Parteien auch über eine Verbesserung der Einnahmeseite. Sicher sei, dass die Zweitwohnungssteuer erhöht werde, hieß es. Das soll dafür sorgen, dass mehr Menschen ihren Hauptwohnsitz nach Berlin verlegen, was Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich bringt. Ob es auch Erhöhungen bei der Gewerbe- und Grunderwerbssteuer geben soll, ist noch unstritten. *nd/Agenturen Seite 13*

Erneut Proteste gegen Trump

Treffen mit Präsident Barack Obama

Los Angeles. Auch nach einem versöhnlichen Treffen zwischen dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump und Amtsinhaber Barack Obama haben die Trump-Gegner ihre Straßenproteste fortgesetzt. Demonstrationen unter dem Motto »Nicht mein Präsident« gab es am Donnerstag (Ortszeit) unter anderem in Chicago, Denver und Dallas. Vielerorts wurde der Autoverkehr gestoppt. In Portland griffen Kundgebungsteilnehmer Polizisten mit Wurfgeschossen an, plünderten Geschäfte und zertrümmerten Autoscheiben.

Derweil hält die Ungewissheit über die Ausrichtung der künftigen US-amerikanischen Politik an. Die Demonstranten in New York und Los Angeles warfen Trump eine rassistische, sexistische und ausländerfeindliche Haltung vor. Das Außenministerium in Washington zeigte sich besorgt über die Zukunft des Atomabkommens mit Iran. Es sei »im Interesse der Welt«, dass sich alle Vertragsparteien auch in Zukunft »an die Vereinbarung halten«, mahnte Außenamtssprecher Mark Toner. *AFP/nd Seite 6*

TTIP-Gespräche wohl auf Eis

EU-Kommission erwartet Stocken der Verhandlungen nach US-Wahl

Brüssel. Nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten erwartet die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström eine Unterbrechung der Gespräche zum Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA. »Es gibt gute Gründe zu glauben, dass es eine Pause bei TTIP geben wird, dass das hier nicht die größte Priorität für die neue Regierung sein dürfte«, sagte sie am Freitag.

Der deutsche Staatssekretär Matthias Machnig (SPD) aus dem Wirtschaftsministerium räumte ebenfalls Unsicherheiten über die Chancen für TTIP ein. Trump hatte sich im Wahlkampf kritisch zu internationalen Freihandelsverträgen geäußert. Malmström plädierte dafür, dass man auf »technischer Ebene« in Kontakt bleiben sollte. Weitere Verhandlungsrunden werde es »wahrscheinlich nicht« geben.

Die EU-Außenhandelsminister berieten bei ihrem Treffen am Freitag in Brüssel neben dem Umgang mit China und Anti-Dumping-Maßnahmen auch über die Zukunft von TTIP. *dpa/nd*

ISSN 0323-3375

